

A N F R A G E von Claudio Schmid-Meier (SVP, Bülach) und Markus Mendelin (SP, Opfikon)

betreffend Kreisschreiben der Direktion der Justiz und des Innern zur Wirkungsorientierten Verwaltungsführung

Im Januar 2004 verfasste die Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich ein Kreisschreiben zum Thema New Public Management (NPM) und Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV). Diesem Schreiben wurden sechs farbige Broschüren beigelegt. Daraus geht hervor, dass man es begrüßen würde, wenn Schritte in Richtung NPM/WoV zur flächendeckenden Realisierung dieser Grundsätze unternommen würden.

Diese von der Zürcher Regierung initiierte Kampagne steht teilweise in einem krassen Gegensatz zur heute gängigen Praxis in den Gemeinden. Zwar sind beachtliche Fortschritte in betriebswirtschaftlicher- und organisatorischer Hinsicht erzielt worden. Problematischer wirkte sich NPM/WoV jedoch auf die Umsetzung und Ausführung dieser Richtlinien im Gemeinderechnungswesen aus. Aufgrund einer Studie (Lagebeurteilung über die Verwaltung und Behörden der Gemeinden des Kanton Zürichs im Zusammenhang mit dem Projekt Wirkungsorientierte Verwaltung, Februar 2003) kommt der Autor zum Schluss, dass im NPM/WoV der Teilbereich des Rechnungswesens und der Haushaltsführung der Gemeinden keine Effizienzsteigerung erlangt wurde. Das Gegenteil ist eingetroffen. Es bewirkt einen enormen administrativen Aufwand und beansprucht zusätzliche personelle Ressourcen. Lediglich fünf Gemeinden im Kanton Zürich planten und förderten die Totalumsetzung dieser Grundsätze.

213/2004

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Gemeinde Opfikon-Glattbrugg befasste sich einige Jahre mit einzelnen Pilotprojekten. Die Stadt Dübendorf beschloss die Totalumsetzung der NPM/WoV-Grundsätze. Beide Gemeinden verkündeten Ende 2003 beziehungsweise im Frühjahr 2004 den Rückzug aus den NPM/WoV-Aktivitäten. Sämtliche buchhalterischen Tätigkeiten, die auf dem Prinzip des NPM/WoV basieren, wurden eingestellt. Wie beurteilt die Zürcher Regierung diesen Rückzug?
2. Etliche Zürcher Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern führten die NPM/WoV-Richtlinien im Gemeinderechnungswesen nie ein. Dabei fällt auf, dass vor allem finanzstarke Gemeinden diese NPM/WoV-Vision ignorierten und sich lediglich auf den gesetzlichen Auftrag konzentrierten. Ist die Zürcher Regierung der Ansicht, dass mittels dieser NPM/WoV-Richtlinien die Haushaltssanierung und Gesundung von problematischen Finanzhaushalten einen Erfolg herbeiführen sollten?
3. Wie beurteilt die Zürcher Regierung die Einführung der IPSAS-Richtlinien in Gemeinden, die mit NPM/WoV-Richtlinien arbeiten und zur Zeit bereits zwei Buchhaltungen im Rechnungswesen führen?

Claudio Schmid-Meier
Markus Mendelin